

Ein Kommentar: Zum Grundsatzstreit in Maring

Am 9./10. Juni war ein Bericht im TV, der über die Straßenausbaubeiträge in Maring berichtete.

Als ich die unterschiedlichen Darstellungen der BI und des TV sah, konnte ich mich nicht des Eindrucks erwehren, dass hier eine „kommunikative Störung“ vorliegt.

Nach Recherchen bei der Bürgerinitiative erfahre ich, die Bürgerinitiative ist nicht gegen die wiederkehrenden Beiträge, sondern sie wehrt sich gegen die unterschiedlichen Verfahren innerhalb einer Gemeinde. Derzeit gilt für Novianand das alte Verfahren und nur für Maring sollen die wiederkehrenden Beiträge eingeführt werden. Das erscheint sinnlos zu sein. Ich stelle mir vor, dass bei der Einführung der wiederkehrenden Beiträge hier in Piesport die Ortsteile des ehemaligen Niederemmel anders behandelt würden als die Ortsteile des ehemaligen Piesport. Wenn schon ein Dorf, dann sollten die Regeln auch für alle gelten. Daher ist der Widerstand der Bürgerinitiative gerecht und sinnvoll.

Die Berichterstattung im TV hat nun nicht das wiedergegeben, was die BI Maring tatsächlich will. Ich hoffe, dass hier nochmals neu recherchiert und berichtet wird.

Die wiederkehrenden Beiträge sind in den Gemeinden eine sinnvolle Einrichtung um den Ausbau der Ortsstraßen solidarisch und verteilungsgerecht zu gestalten. So waren bisher Anlieger von Bundesstraßen und Kreisstraßen in unseren Orten nicht in die Ausbaubeiträge eingebunden, bei den wiederkehrenden Beiträgen beteiligen sie sich mit. Jedenfalls haben die Orte mit wiederkehrenden Beiträgen gute Erfahrungen gemacht.

Trotzdem bleibt die von der Initiative angesprochene Rechtsunsicherheit. Eine Ungerechtigkeit liegt beispielsweise darin, dass Hauseigentümer mit Mietwohnungen die Umlagen auf ihre Mieter abwälzen können, dies ist noch juristisch zu klären. Hier liegt ein Konstruktionsfehler im System. Ebenfalls ist im System der wiederkehrenden Beiträge die Ausbauplanung der Straßen festzulegen und einen Zeit- und Ausbauplan zu erstellen. Hier fehlen noch Erfahrungen und Planungssicherheit.

Das System der wiederkehrenden Beiträge trägt in sich die Prinzipien von Solidarität und Verteilungsgerechtigkeit. Aber es gibt wie bei allen neuen „Entwicklungsprozessen“ hier Kinderkrankheiten.

In Maring sind derzeit die Prinzipien der Verteilungsgerechtigkeit innerhalb der ganzen Ortsgemeinschaft nicht gewahrt.

Ich frage mich, was Ortsgemeinde und VG-Verwaltung reitet nur in Maring die Veränderung vorzunehmen und nicht in der ganzen Gemeinde. „Spaltungsentscheidungen“ wie hier in Maring-Novianand führt automatisch zu Konflikten in der Gemeinde. Hier wird wohl seitens des Gemeinderates in Scheuklappen gedacht und nicht zum Wohle aller. Die Entscheidung kann nur heißen – egal welches Verfahren, aber dann für alle.

P.S. aus meinen Erfahrungen im Konfliktmanagement und Mediation erlebe ich oft, dass hinter solchen Entscheidungen private Interessen stehen können. Hoffe, dass die VG Verwaltung, die ja die Entscheidung des Gemeinderates umzusetzen denkt, dies mit berücksichtigt und anschaut.